

# Vogtletter

## In dieser Ausgabe:

Dank der neuen **Ortsumgehung** kann **Oelsnitz** endlich aufatmen. Mehr dazu auf Seite 2.

Auch im zweiten Artikel auf dieser Seite geht es um die Verkehrsinfrastruktur: Die **Ortsumgehung Göltzschtal** wurde in den Investitionsrahmenplan des Bundes aufgenommen.

**Schröders Erbe** beschreibt Rolf Schwanitz in seinem Kommentar auf Seite 2.

Auf Seite 3 ruft Rolf Schwanitz zur Beteiligung am **Deutschen Präventionspreis** auf.

Das der **SPD-Stammtisch Plauen** auch **ohne Zigarettenqualm** funktioniert, zeigt sich auf Seite 3.

**Bessere Zeiten für die Kommunen** brechen auf Seite 4 an. Außerdem geht es an dieser Stelle um das **Gewebegesetz**.

Die Seite 5 steht wieder ganz im Zeichen der Gesundheitsreform. Heute dreht sich alles um die **Veränderungen für gesetzlich Versicherte**.

Der **unsoziale Vorschlag von Rüttgers zum Arbeitslosengeld** steht im Mittelpunkt der Seite 6.

Dort sind natürlich auch wieder die **frechen Strolche** und der Termin der nächsten **Bürgersprechstunde** zu finden.

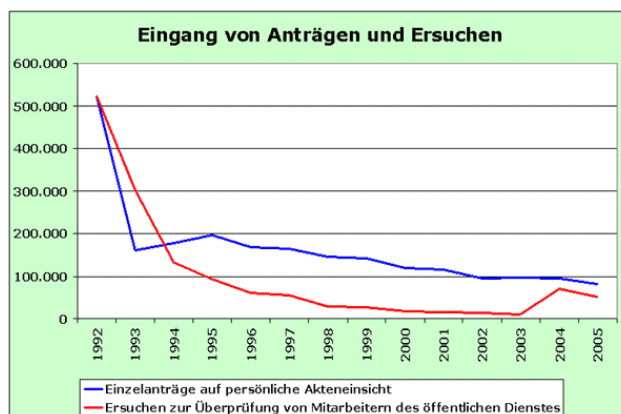
## Stasiunterlagengesetz hat sich bewährt

Vor 15 Jahren wurde vom Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP das Stasiunterlagengesetz verabschiedet. Damals war die Öffnung der Stasiunterlagen höchst umstritten, betrat der Gesetzgeber doch juristisches Neuland. Pressezensur, Hexenjagd und Gefährdung des inneren Friedens waren die Schlagworte der Kritiker und Medien. Befürchtet wurde eine Ausplünderung der Archive durch die Geheimdienste und dass brisante Akten verschwinden würden. Heute wissen wir, dass diese Sorgen weitgehend unberechtigt waren. Das Stasiunterlagengesetz ist eine echte Erfolgsgeschichte und gilt international als Vorbild. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist in Deutschland inzwischen untrennbar mit dem Stasiunterlagengesetz verbunden. Mehr als 1,5 Millionen Menschen haben eine persönliche Akteneinsicht beantragt. Die Überprüfungsmöglichkeiten - nicht nur im öffentlichen Dienst - haben einen wichtigen Beitrag zur personellen Erneuerung in vielen Bereichen der Gesellschaft geleistet. Und für viele Forscher ist die Nutzung der MfS-Archive inzwischen selbstverständlich geworden.

Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben Mitte Oktober einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Stasiunterlagengesetzes vorgelegt. Vorrangiges Ziel des Entwurfs ist es, die bisherige Beschränkung der Aktennutzung auf das MfS aufzugeben. So soll eine umfassendere Aufarbeitung der politisch begründeten Repressionen in der damaligen DDR ermöglicht werden.

Umso unverständlicher ist für Rolf Schwanitz die plötzliche Blockadehaltung der Union, die vom gemeinsamen Gesetzentwurf abgerückt ist, weil sie die Ende des Jahres auslaufenden Überprüfungsmöglichkeiten generell auf unbestimmte Zeit verlängern will. Rolf Schwanitz hält dies für nicht vereinbar mit rechtsstaatlichen Grundsätzen der Verjährung und der Verhältnismäßigkeit. Er erklärte: "Der Gesetzgeber hatte vor 15 Jahren die Überprüfungsmöglichkeiten mit gutem Grund befristet. Die mit der Novellierung vorgesehene verdachtsbezogene Überprüfung in besonders sensiblen Bereichen ist für mich bereits das maximal Vertretbare."

Umso unverständlicher ist für Rolf Schwanitz die plötzliche Blockadehaltung der Union, die vom gemeinsamen Gesetzentwurf abgerückt ist, weil sie die Ende des Jahres auslaufenden Überprüfungsmöglichkeiten generell auf unbestimmte Zeit verlängern will. Rolf Schwanitz hält dies für nicht vereinbar mit rechtsstaatlichen Grundsätzen der Verjährung und der Verhältnismäßigkeit. Er erklärte: "Der Gesetzgeber hatte vor 15 Jahren die Überprüfungsmöglichkeiten mit gutem Grund befristet. Die mit der Novellierung vorgesehene verdachtsbezogene Überprüfung in besonders sensiblen Bereichen ist für mich bereits das maximal Vertretbare."



## 26 Stunden Anhörung

In sieben öffentlichen Anhörungen befasste sich in den letzten beiden Wochen der Ausschuss für Gesundheit mit dem Gesetzentwurf der Regierungskoalition zur Gesundheitsreform. Dabei wurden die Sachverständigen 26 Stunden lang zu dem 582 Seiten umfassenden Entwurf gehört und befragt. Erörtert wurden Fragen des Versicherungs- und Leistungsrechts, die künftige Organisation des Gesundheitswesens, die Umstrukturierung in der privaten Krankenversicherung (PKV), die medizinische Versorgung und die Finanzierung. Hierzu eingeladen waren unter anderem die Spitzenorganisationen der Krankenkassen, Ärzte-, Sozial- und Wohlfahrtsverbände sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände. Als Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium ließ es sich Rolf Schwanitz natürlich nicht nehmen, an allen Sitzungen teilzunehmen.



Anhörung zur Gesundheitsreform im Sitzungssaal der SPD-Fraktion

# Aufatmen in Oelsnitz

## Kurz kommentiert

### Schröders Erbe

Die Wirtschaft in Deutschland wächst so stark wie seit sechs Jahren nicht mehr. Die Steuereinnahmen steigen 2007 gegenüber der letzten Schätzung um 20 Milliarden Euro auf ein Rekordniveau. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist binnen Jahresfrist um 258.000 gestiegen. Insgesamt gibt es fast eine halbe Million weniger Arbeitslose. Am stärksten sank die Jugendarbeitslosigkeit um rund 18 Prozent, aber auch bei den Langzeitarbeitslosen steht ein Minus von 122.000. Und auch der Osten schneidet dabei ordentlich ab. Seit der Wiedervereinigung hat es noch nie einen so starken Rückgang der Arbeitslosigkeit gegeben.

Mit Frau Merkel hat dies alles wenig zu tun. Die Experten sind sich einig: Es ist die Agenda 2010, die jetzt ihre Wirkung entfaltet. "Schröders Million" nennt deshalb der Berliner Tagesspiegel die Wende am Arbeitsmarkt. Diese Reformen waren unpopulär und wurden auf das Schärfste bekämpft. Dennoch tragen sie jetzt ihre Früchte. Und viele Gegner von damals möchten nun gern zu „Schröders Erben“ gehören.

### Rolf Schwanitz



Mehr als 1.500 Oelsnitzer waren gekommen und wollten sich das Ereignis nicht entgehen lassen. In Anwesenheit von Staatsminister Thomas Jurk (SPD) gab der Parlamentarische Staatssekretär Rolf Schwanitz als Vertreter der Bundesregierung die neue Ortsumgehung Oelsnitz nach vierjähriger Bauzeit frei für den Verkehr. Alle Anwesenden waren sich einig: Hier wird Geschichte geschrieben für Oelsnitz im Vogtland! Rolf Schwanitz betonte in seiner Rede, nicht nur die große Bedeutung der B 92 als Verbindung zwischen Plauen und Tschechien. Er erinnerte vor allem an die großen Belastungen, die der starke Durchgangsverkehr für die Bürgerinnen und Bürger mit sich brachte. Diese extremen Belastungen haben nun endlich ein Ende. Auch die Innenstadt von Oelsnitz kann nun zu neuer Attraktivität finden. Deshalb stand die Freude den Oelsnitzern förmlich ins



**Oberbürgermeisterin Möbius, Staatssekretär Schwanitz, Staatsminister Jurk und Landrat Dr. Lenk bei der feierlichen Freigabe der Ortsumgehung Oelsnitz**

Gesicht geschrieben. Der Neubau umfasst eine Gesamtlänge von 4,8 Kilometern. Mit insgesamt 31,2 Millionen Euro, von denen der Bund allein 29,7 Millionen trägt, ist die Ortsumgehung Oelsnitz ein wahres Großprojekt in der Region. Landrat Dr. Lenk und Oberbürgermeisterin Möbius dankten Schwanitz für sei-

nen Einsatz um das Projekt. Seit Rolf Schwanitz Mitglied der Bundesregierung ist, so Dr. Lenk in seinem Grußwort, geht es bei den Verkehrsprojekten des Bundes im Vogtland richtig voran! Eine solche überparteiliche Anerkennung ist zwar verdient aber dennoch außergewöhnlich im täglichen politischen Geschäft!

## Vorrang für Ortsumgehung Göltzschtal



### Ortsumgehung Göltzschtal

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat mit dem Investitionsrahmenplan 2006 - 2010 jetzt erstmalig einen verkehrsträgerübergreifenden Fünfjahresplan für Verkehrsinvestitionen des Bun-

des vorgelegt. Das für das Vogtland sehr wichtige Straßenbauprojekt der Ortsumgehung Göltzschtal (B 169) mit Gesamtkosten von 29,2 Millionen Euro wurde in diesen Investitionsrahmenplan aufgenommen.

Rolf Schwanitz hatte sich in den vergangenen Monaten beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung massiv für die Aufnahme der Ortsumgehung Göltzschtal in den Investitionsrahmenplan eingesetzt

und freut sich nun über den Erfolg: "Das ist das richtige Signal. Die Ortsumgehung Göltzschtal ist bei uns das zentrale Straßenbauprojekt des Bundes in den nächsten Jahren. Nun muss in der Region Planung und Baurecht vorangetrieben werden, damit der Bau noch vor 2010 beginnen kann." Der Investitionsrahmenplan legt die mittelfristige Investitionsstrategie zur Umsetzung der Verkehrspolitik fest und schafft die notwendigen Rahmenbedingungen für Planungs- und Investitionssicherheit. Mit dem Investitionsrahmenplan wird bestimmt, welche Vorhaben aus dem Bundesverkehrswegeplan jetzt als erstes angepackt werden müssen.

## Deutscher Präventionspreis 2007

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz ruft kommunale und regionale Initiativen und Projekte der Prävention und Gesundheitsförderung zur Beteiligung am bundesweiten Wettbewerb um den Deutschen Präventionspreis 2007 auf.

Die besten Maßnahmen zur Förderung eines gesunden Lebensstils der Bevölkerung werden mit Preisgeldern von insgesamt 50.000 Euro ausgezeichnet. Mit dem Wettbewerb wenden sich die Bertelsmann Stiftung, das Bundesministerium für Gesundheit und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung an die Träger von kommunal oder regional durchgeführten Präventionsprogrammen. Diese können sich vom 20. November bis zum 21. Dezember 2006 mit Maßnah-

men bewerben, die von einer Kommune oder Region gemeinsam mit Sozialversicherungen oder mit dem privaten Sektor durchgeführt werden. Wichtig ist, dass die Initiativen und Projekte zum Stichtag der Bewerbung seit mindestens einem Jahr praktisch umgesetzt sind.

Rolf Schwanitz: "Mit dem Wettbewerb sollen vorbildhafte Projekte in Deutschland prämiert werden. Das ist auch für das Vogtland

interessant. Ich hoffe, dass sich viele am Wettbewerb beteiligen und so auch die Weitergabe ihrer Erfahrungen ermöglichen."

Der Deutsche Präventionspreis wird im kommenden Jahr zum vierten Mal vergeben. Über die Bewerbungen entscheidet eine unabhängige Jury aus Fachleuten auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung und Prävention. Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen sind unter [www.deutscher-praeventionspreis.de](http://www.deutscher-praeventionspreis.de) zu finden.



Deutscher  
Präventionspreis

### Ost-West-Angleichung

#### Sozialhilferegelsatz wird angeglichen

Der Deutsche Bundestag hat Mitte Oktober die Anhebung des Sozialhilferegelsatzes in Ostdeutschland von 331 auf 345 Euro beschlossen. Nachdem zum 1. Juli dieses Jahres bereits die Regelsätze für Langzeitarbeitslose angeglichen wurden, wird es ab 1. Januar 2007 nun auch einheitliche Sozialhilferegelsätze in Ost und West geben.

Hintergrund der Entscheidung sind die Ergebnisse der neuesten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die gezeigt haben, dass sich die Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland nicht mehr wesentlich von denen in den alten Bundesländern unterscheiden. Dem wird zukünftig auch in der Sozialhilfe Rechnung getragen.

Der Deutsche Bundestag hat mit seinem Beschluss außerdem die Forderungen der Bundesländer nach einer anderen sozialhilfrechtlichen Zuordnung des Kindergeldes abgelehnt. Für viele Eltern, deren volljähriges, behindertes Kind in einer stationären Einrichtung betreut wird, hätte die Forderung der Bundesländer bedeutet, dass diese kein Kindergeld mehr erhalten hätten.

Rolf Schwanitz begrüßt auch die Anhebung des Barbetrages für in Heimen lebende Sozialhilfeempfänger: "Es ist gut, dass es gelungen ist, wieder eine bundesweite Weihnachtsbeihilfe für Sozialhilfe beziehende Menschen in Heimen einzuführen." Durch die vorgesehene Aufstockung des Barbetrages werden betroffene Heimbewohner rückwirkend für dieses Jahr rund 40 Euro als Einmalbetrag und ab 2007 ein höheres monatliches Taschengeld erhalten.

## SPD-Stammtisch mit Rolf Schwanitz in Plauen

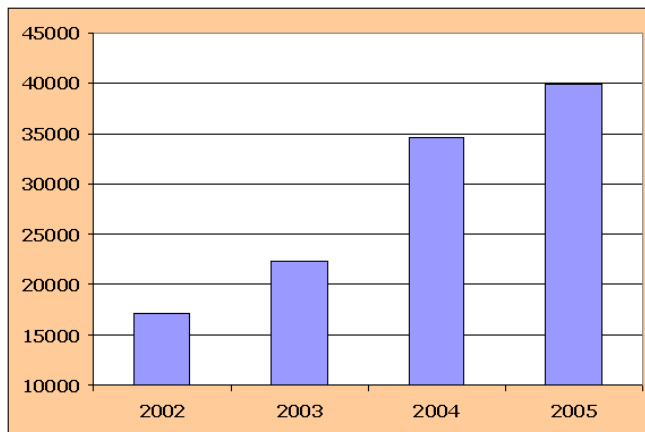
Ein Stammtisch ohne Qualm, geht das überhaupt? Der Ortsverein Plauen hat den Beweis erbracht. Am 14. November 2006 trafen sich SPD-Mitglieder und interessierte Bürger in der Plauener Gaststätte „Schildstübli“ mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium. Als Mitunterzeichner des Antrages „Effektiven Schutz vor

Passivrauchen zügig gesetzlich verankern“ (DS 16/2730) fühlte sich Rolf Schwanitz wohl in der ‚rauchfreien‘ Runde. Hauptthemen des Abends waren neben dem Gesundheitskompromiss die Energiepreisentwicklung, die Frage nach Verstaatlichung von Energiekonzernen und anderen Großunternehmen sowie das attraktive CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungspro-

gramm der KfW, welches der Bund allein in diesem Jahr mit 1,4 Milliarden Euro fördert. Rolf Schwanitz informierte über die Preisentwicklung von Erdöl, Heizöl, Ergas und Strom im Zeitraum von 1998 bis 2006. Erst seit Mitte 2005 gebe es mit der Bundesnetzagentur eine neue Kontrollinstanz. Dort werde künftig auch ein Verbraucheranwalt tätig. Im Kraftwerksbereich existiere ein Investitionsstau im dreistelligen Milliardenbereich, der nur privatwirtschaftlich aufgelöst werden könne, so Schwanitz. Er sei skeptisch, ob die Energiepreise perspektivisch sinken werden. Die Teilnehmer diskutierten auch lebhaft die Schließung von Bahnstrecken, z. B. Schönberg-Schleiz. Rolf Schwanitz verwies darauf, dass diese Schließung keine Entscheidung des Bundes oder der Bahn, sondern des Landes Thüringen sei.



## Bessere Zeiten für Kommunen



**Netto-Gewerbesteuerereinnahmen der vogtländischen Städte und Gemeinden (in tausend Euro)**

Die Städte und Gemeinden können optimistisch in die Zukunft schauen. Die jüngste Steuerschätzung weist gegenüber der letzten Schätzung für sie fast 4 Milliarden Euro Mehreinnahmen für dieses Jahr aus. Auch für 2007 rechnen die Experten mit einem zusätzlichen Wachstum der Einnahmen von 3,7 Milliarden Euro. Die stark gestie-

gene Gewerbesteuer trägt dabei wesentlich zu diesem guten Ergebnis bei. Die Einigung zwischen Bund und Ländern bei den Kosten der Unterkunft bringt den Kommunen ebenfalls mehr Geld in die Kassen. Statt wie bisher 29,1 Prozent übernimmt der Bund zukünftig 31,8 Prozent und zahlt damit 4,3 Milliarden Euro. Ein Kompromiss der gewähr-

leistet, dass die Kommunen insgesamt um mehr als 2,5 Milliarden Euro entlastet werden. Allerdings sollten auch die Länder endlich ihre Entlastung beim Wohngeld vollständig weiter reichen. Zudem ist vorgesehen, dass die Quote 2008 bis 2010 entsprechend der Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften angepasst wird. Nahezu geräuschlos hat sich die Koalition bei der Unternehmenssteuerreform geeinigt. Ziel der SPD-Fraktion war dabei, die Gewerbesteuer zu erhalten und weiter zu stabilisieren. Das ist gelungen: Neben die Hinzurechnung der Dauerschuldzinsen treten nun auch die Finanzierungskostenanteile von Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren. Die Steuergestaltung grenzüberschreitender Unternehmen wird so deutlich erschwert.

## Kurz gemeldet

### Erleichterungen für die ärztliche Versorgung

Mit der Verabschiedung des Vertragsarztrechtsänderungsgesetzes hat der Deutsche Bundestag Ende Oktober den Weg für zahlreiche Erleichterungen bei der Erbringung von ärztlichen Leistungen ab Januar 2007 freigemacht. Hauptziel des neuen Arztrechts ist es, Engpässe in der ärztlichen Versorgung zu verhindern. So können z.B. niedergelassene Ärzte und Zahnärzte künftig Zweigpraxen eröffnen. Zudem sollen Vertragsärzte und -zahnärzte leichter Mediziner anstellen dürfen. Rolf Schwanitz begrüßt auch die Aufhebung des in den neuen Ländern immer noch geltenden Vergütungsabschlags für privatärztliche und -zahnärztliche Leistungen sowie für Leistungen freiberuflicher Hebammen im Rahmen der Hebammenhilfe.

### Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb 2007 gestartet

Einzelpersonen, Schulklassen und Vereine können sich ab sofort mit Reportagen, Theaterstücken, Websites, Interviews, Videos oder Liedtexten am siebten Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb unter dem Motto „Kreativ für Toleranz“ beteiligen. Eine Jury sichtet und prämiert die eingereichten Wettbewerbsbeiträge. Die besten Arbeiten werden mit Studienfahrten nach Prag, Berlin und Dresden sowie Wertpapierkonten der Dresdner Bank im Wert von jeweils 1.000 Euro belohnt. Einsendeschluss ist der 31. März 2007. Teilnehmen können Jugendliche ab 14 Jahren. Weitere Informationen sind unter [www.victor-klemperer-wettbewerb.de](http://www.victor-klemperer-wettbewerb.de) zu finden.

## Gewebebesetz beraten

Am 9. November 2006 wurde das Gewebebesetz in erster Lesung im Bundestag beraten. Ziel des Gesetzes ist es, die Qualität und Sicherheit von Geweben bei der medizinischen Versorgung der Bevölkerung und damit einen hohen Gesundheitsschutz zu gewährleisten. So sollen die Dokumentationspflichten erweitert werden, um eine Rückverfolgung der Gewebetransplantationen vom Spender zum Empfänger zu gewährleisten. Neu ist auch die gesetzliche Festsetzung des Vorranges der Organentnahme gegenüber der Entnahme von Gewebe und Zellen. „Wir sind froh, dass die Medizin voranschreitet und neue Möglichkeiten bietet, wie auch auf dem Gebiet der Gewebe. Mit diesem Gesetzesentwurf setzen wir den einge-

schlagenen Weg fort, neben dem therapeutischen Fortschritt auch die Sicherheit dieser Produkte zu gewährleisten. Wir haben ein Sicherheitsgesetz, das sich mit seinen Grundstrukturen für Arzneimittel und Blut-

produkte bewährt hat. Auf diese Grundstrukturen bauen wir auf. Der Entwurf ist eine gute Basis, im Gesetzgebungsverfahren zu einer tragfähigen Lösung zu kommen.“ so Staatssekretär Rolf Schwanitz.



**Rolf Schwanitz zu Besuch beim Paul-Ehrlich-Institut, das in Deutschland für die Zulassung von humanbiologischen Arzneimitteln zuständig ist**

# Was bringt mir die Gesundheitsreform?



Neu im Leistungskatalog der GKV: Alle von der Ständigen Impfkommission empfohlenen Schutzimpfungen (Foto: PixelQuelle.de)

Viele gesetzlich Versicherte fragen sich, welche konkreten Veränderungen sie erwarten und ob die notwendige medizinische Versorgung für sie weiterhin gewährleistet ist. Ein Blick auf die Gesundheitsreform macht jedoch klar, dass die Leistungen dort ausgebaut werden, wo es notwendig ist.

## Gezielter Ausbau notwendiger medizinischer Leistungen

Für die Behandlung bestimmter Krankheiten wie Krebs, Mukoviszidose oder Aids sind spezialisierte Krankenhäuser oft besser gerüstet als eine Arztpraxis. Deshalb wird den betroffenen Patienten der Zugang zur ambulanten Behandlung am Krankenhaus künftig erleichtert. Es werden ausgewählte Kliniken mit ihrem ambulanten Versorgungsangebot prinzipiell allen Versicherten zur Verfügung stehen. Patienten haben künftig auch Anspruch auf eine spezialisierte ambulante Palliativversorgung, die ihnen ein würdevolles Sterben mit möglichst we-

nig Schmerzen ermöglicht. Damit kommt die Gesundheitsreform dem Wunsch vieler schwerkranker Menschen entgegen, in der häuslichen Umgebung zu bleiben. Außerdem werden alle von der Ständigen Impfkommission (STIKO) empfohlenen Schutzimpfungen in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen. Zudem wird die medizinische Vorsorge und Rehabilitation für Mütter bzw. Väter verbessert. Denn notwendige Vater-/Mutter-Kind-Kuren werden zu Pflichtleistungen der Krankenkassen. Daneben wird die betriebliche Gesundheitsförderung und die Prävention bei arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren gestärkt. Die Krankenkassen werden verpflichtet, Selbsthilfegruppen und Kontaktstellen zu fördern.

## Mehr Wahlfreiheit für die Versicherten

Versicherte haben künftig die Wahl zwischen unterschiedlichen Tarifangeboten. So muss jede Kranken-

kasse ihren Versicherten einen speziellen Hausarzt-tarif anbieten. Wer diesen Tarif wählt, verpflichtet sich, im Krankheitsfall immer zuerst zum Hausarzt zu gehen. Jeder Versicherte kann künftig auch ei-

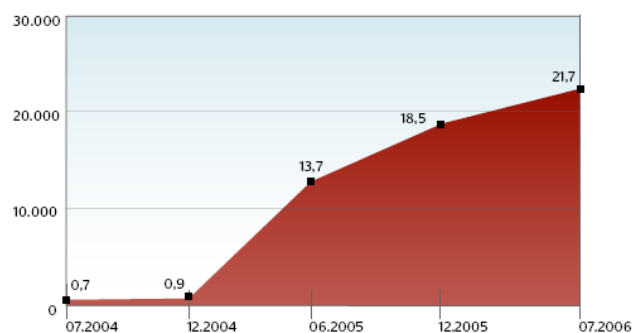
nen Selbstbehalt wählen, das heißt er zahlt die Behandlungskosten bis zu einem gewissen Betrag selbst. Im Gegenzug vereinbart er einen günstigeren Tarif mit seiner Krankenkasse. Gesetzlich Krankenversicherte können sich außerdem für die Kostenerstattung entscheiden oder höhere Leistungen in Anspruch nehmen – mit dem entsprechend höheren Gebührensatz. Darüber hinaus können zum Beispiel kurz-

zeitig Beschäftigte ohne Anspruch auf Entgeltfortzahlung künftig Tarife mit einem Krankengeldanspruch abschließen. Bei der Tarifwahl gib es aber eine Ausnahme: Versicherte, die ihren Krankenkassenbeitrag nicht selbst zahlen, zum Beispiel Bezieher von Arbeitslosengeld, können nur Wahltarife zu besonderen Versorgungsformen (zum Beispiel Hausarzttarif) wählen, aber keine Selbstbehalttarife. Versicherte haben außerdem künftig die Möglichkeit, ihre Rehabilitationseinrichtung frei zu wählen.

## Versicherungsschutz für alle

Die Zahl der Menschen, die ohne Absicherung im Krankheitsfall sind, hat in den letzten Jahren spürbar zugenommen. Betroffen sind davon auch gesetzlich Versicherte. Deshalb wird es für alle Menschen ohne Absicherung im Krankheitsfall, die keinen anderweitigen Anspruch auf Absicherung haben, zu einer Versicherungspflicht in ihrer früheren Krankenversicherung kommen.

## So viele Versicherte können sich in ein Hausarztmodell einschreiben (in Millionen)



Im Rahmen von Hausarztmodellen schließen die Krankenkassen mit besonders qualifizierten Hausärzten Verträge ab. Patienten verpflichten sich gegenüber ihrer Krankenkasse, mindestens ein Jahr lang immer zuerst einen Hausarzt ihres Vertrauens aufzusuchen, der sie durch alle Behandlungsprozesse begleitet.

